

Bern

Besitzer könnten Besetzern helfen

Die Besitzer des Lagerwegs 12 hegen Sympathien für das Kollektiv, das das Gebäude besetzt. Das Quartier reagiert wohlwollend, doch eine Zwischennutzung als Schule bedürfte einer Ausnahmegewilligung.

Timo Kollbrunner

Kostenfreie Sprach- und Yogakurse statt Sex für Geld: Die autonome Schule «denk:mal» will am Lagerweg 12 in der Lorraine, dem ehemals grössten Bordell der Stadt, künftig Bildungskurse durchführen. Das basisdemokratische Kollektiv hat das Haus am Sonntag besetzt.

«Besucher bitte läuten», steht auf einem Kartonschild neben dem versprungenen Eingang. Auf das Klingeln am behelfsmässig angebrachten Knopf erscheint auf dem Balkon des obersten Stocks ein Kopf. Der Mann, dem er gehört, sagt, er könne sich zu den weiteren Plänen des Kollektivs nicht äussern – man melde sich nur gemeinsam zu Wort, und das könne man erst tun, nachdem sich das Plenum zu einer nächsten Sitzung getroffen habe. Besucher seien erst am Sonntag wieder willkommen, zum Brunch, ab 11 Uhr. Mehr sage er nicht, sagt der Mann, der dann doch noch sagt, man sei in Verhandlungen mit der Liegenschaftsbesitzerin. Bis man ein Resultat erzielt habe, werde man auch keine Kurse durchführen, sagt er auch noch, dann verschwindet er wieder.

Für Schulbetrieb «prädestiniert»

Was sagt die Liegenschaftsbesitzerin dazu? Das Gebäude gehört der Firma FSZ Immobilien, der Zürcher Rechtsanwalt Ivo Doswald verwaltet die Liegenschaft in deren Auftrag. Und er sagt Überraschendes: Er habe selbst die Idee gehabt, in der Liegenschaft vorübergehend eine Schule zu installieren. Das Gebäude mit den vielen kleinen Zimmern und der zentralen Lage sei dafür geradezu prädestiniert, sagt er, «man kommt sich wirklich vor wie in einem Schulhaus». Ihm habe die Idee vorgeschwebt, mit privaten Akteuren zusammenzuarbeiten, die zum Beispiel Nachhilfe anbieten würden. Er habe diese Idee allerdings nach Rücksprache mit der Stadt beerdigt. Denn diese habe ihm beschieden, dass ein Schulbetrieb nicht zonenkonform wäre. «Wir hätten also das gleiche Problem wie mit der Prostitution», sagt Doswald. Im Juli letzten Jahres hatte das Bundesgericht der Stadt Bern in einem langen Rechtsstreit recht gegeben und entschieden, dass Prostitution im Gebäude künftig verboten ist.

Hintertürchen Ausnahmegesuch

Stadtbauinspektor Martin Baumann bestätigt auf Anfrage: «In der Wohnzone ist eine Schulnutzung eigentlich nicht zonenkonform.» Aber das Wort «eigentlich» lässt es vermuten: Es gibt ein Hintertürchen. Die Besitzerfirma könne ein Baugesuch einreichen und in diesem um eine Ausnahme ersuchen, sagt Baumann. «Dann werden wir dieses Gesuch prüfen.» Er habe sich mit Ivo Doswald in



Bis Ende Februar ein Bordell, nun eine Schule: Das Kollektiv «denk:mal» möchte am Lagerweg 12 bleiben. Foto: Valérie Chételat

Verbindung gesetzt, um abzuklären, ob die Firma FSZ gedenke, ein Ausnahmegesuch einzureichen. Bisher habe er aber keine Rückmeldung erhalten. Falls die Liegenschaftsbesitzerin kein Gesuch einreiche, werde die Baupolizei nach einer gewissen Zeit ein Verfahren einleiten, um den rechtmässigen Zustand wiederherzustellen.

Kein Druck von den Besitzern

Von Doswald ist nicht zu erfahren, ob FSZ bereit ist, ein Baugesuch einzureichen. Er sagt lediglich: «Ich habe Sympathien für das Anliegen dieser Leute.» Andererseits sei er nicht eben begeistert vom Vorgehen des Kollektivs. «Erst reingehen, dann fragen – das ist nicht die feine Art.» Auch sei bislang niemand vom Komitee mit Namen ihm gegenüber in Erscheinung getreten. Er hoffe aber dennoch, mit den Besetzern «einvernehmlich zu einer Lösung zu kommen». Vorerst werde die Firma FSZ gegen die Besetzung nichts unternehmen: «Im Moment ist nicht vorgesehen, dass wir Druck ausüben.» Das würde sich laut Doswald aber ändern, falls sich Klagen aus der Nachbarschaft häuften oder falls «neben Leuten mit guten Absichten andere einziehen, die zum Beispiel randalieren oder Drogen konsumieren». Sollte dies geschehen, «müssten

wir einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch stellen», sagt Doswald.

Vorerst wird nicht gebaut

In das Gebäude investieren wird die Firma FSZ vorläufig wohl ohnehin nicht. Denn sie befindet sich in einem Rechtsstreit mit der vormaligen Besitzerin, der Firma Bellone von Roland Staudenmann. Im Jahr 2008 hatte FSZ mit Bellone einen Kaufvertrag vereinbart, nun sind sich die Parteien nicht einig, wer wem noch Geld schuldet. Doswald geht davon aus, dass die Firma FSZ seit Januar rechtmässige Besitzerin der Liegenschaft ist, faktisch aber ist die Eigentumsfrage ungeklärt. Ende August steht die Verhandlung am Handelsgericht an. Doswald geht davon aus, dass das Verfahren wohl gegen zwei Jahre dauern wird.

«Ich habe Sympathien für das Anliegen dieser Leute.»

Ivo Doswald, Anwalt der Besitzerfirma

Bis dahin wird die Firma FSZ ihre Ausbaupläne nicht angehen – sie möchte das Gebäude um vier Meter verbreitern und um ein Stockwerk auf deren vier erhöhen. Das Bauvorhaben wurde bislang nicht bewilligt, und im Gegenzug räumt die Firma FSZ der Stadt, die nebenan auf dem Centralweg eine Liegenschaft bauen möchte, keine Sonderbewilligung ein («Bund» vom 27. Februar 2013). An dieser Situation habe sich nichts geändert, sagt Doswald. Bis auf weiteres wird am Lagerweg also nicht gebaut. Und bis es so weit ist, sagt Doswald, «fände ich eine Zwischennutzung als Schulgebäude sicher besser als einen Leerstand».

«Herzlich willkommen»

Das sehen die Quartierorganisationen ähnlich. Der Quartierverein Läubli Lorraine hat gestern das «denk:mal»-Kollektiv «herzlich willkommen» geheissen: Eine längerfristige Nutzung der Liegenschaft durch das Kollektiv wäre laut dem Quartierverein «mehr als nur begrüssenswert». Und der Präsident des Lorraine-Breitenrain-Leists, Patrick von Burg, sagt: «Ich habe etwas dagegen, dass Häuser besetzt werden. Falls die Nutzung im Sinne des Hausbesitzers ist, ist uns das aber mehr als recht.»

Stadtratssitzung im Bundeshaus wäre zu teuer

Weil das Rathaus umgebaut wird, kann der Stadtrat am 4. Juli nicht dort tagen. Stadtrat Luzius Theiler schlägt nun eine Sitzung im Nationalratssaal vor.

Es fänden ja allerlei Veranstaltungen im Nationalratssaal statt, sagt der linksgrüne Stadtrat Luzius Theiler auf Anfrage. Warum sollte dort das Parlament der Hauptstadt nicht auch einmal Gastrecht erhalten? So verfüge der Tagungssaal des Nationalrats über eine gute technische Infrastruktur. Und schliesslich profitiere Bundesbern oft von der Grosszügigkeit der Stadt, etwa bei der Organisation von Staatsbesuchen, heisst es in einem Ordnungsantrag, den Theiler an der Stadtratssitzung von morgen Donnerstag einbringen möchte.

Auslöser des Antrags ist die Verschiebung einer Stadtratssitzung von Anfang Juli auf Mitte Juni wegen der Sanierung des Rathauses. Theiler glaubt, dass dies zu vermehrten Absenzen führen würde. «Das Jahresprogramm muss verbindlich sein und darf nicht ohne zwingende Gründe abgeändert werden», heisst es im Antrag weiter.

«Nicht einfach aus purer Freude»

Stadtratspräsident Rudolf Friedli (SVP) stehe einer Sitzung des Stadtparlaments im Bundeshaus nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Er fände das Bundeshaus als Tagungsort durchaus «interessant», sagt Friedli. In Absprache mit dem Ratssekretariat habe er aber auf eine offizielle Anfrage verzichtet. «Der Aufwand wäre unverhältnismässig. Wir können ja nicht einfach aus purer Freude unsere Sitzung für einmal im Bundeshaus abhalten.» So müsste etwa die Abstimmungsanlage im Nationalratssaal umprogrammiert werden, und auch die Sicherheitsbestimmungen im Bundeshaus würden zusätzliche Abklärungen erforderlich machen.

Friedli überlegt sich, ob er das Stadtparlament überhaupt über den Antrag Theiler abstimmen lassen soll. Im Geschäftsreglement sei nämlich klar festgehalten, dass das Ratspräsidium in Absprache mit dem Gemeinderat «Tag und Traktandenliste» für die Stadtratssitzungen festlegt. Die Kompetenz des Stadtrates beziehe sich lediglich auf die Ausgestaltung der Traktandenliste. Im Übrigen sei die Verschiebung der Sitzung mit Ausnahme von Stadtrat Theiler bei niemandem auf Kritik gestossen. «Wir wollen möglichst viele Sitzungen im Rathaus abhalten – trotz der Sanierung», sagt Friedli. Die erste Sitzung nach den Sommerferien wird allerdings ausser Haus stattfinden – zwar nicht im Nationalratssaal, aber im Saal des Hotels National. (bob)

Kurz

Stadt Bern «Annabelle»-Chefin bekommt Preis der US-Botschaft

Lisa Feldmann, Chefin der Frauenzeitschrift Annabelle – diese gehört wie der «Bund» zu Tamedia –, hat am Montagabend den dritten «Women and Children First Award» erhalten. Die Zeitschrift hatte sich ausführlich mit Frauenförderung, der «gläsernen Decke» für Frauen und Gleichberechtigung befasst. Diese Themen standen auch im Mittelpunkt der amerikanisch-schweizerischen Frauenkonferenz, die – von der US-Botschaft organisiert – gestern in Bern zum dritten Mal stattfand («Bund» von gestern). Preisträgerin im Jahr 2012 war die Berner Alt-Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot-Mangold. (pd)

Moosseedorf Rechnung 2012 schliesst mit kleinem Gewinn ab

Im vergangenen Jahr hat die Gemeinde Moosseedorf einen kleinen Ertragsüberschuss von knapp 36 000 Franken erwirtschaftet. Die Rechnung fiel damit bei einem Ertrag von 15,7 Millionen Franken um 160 000 Franken besser aus als budgetiert. Moosseedorf hat ein Eigenkapital von 7,8 Millionen Franken auf der Seite, was rund 15,4 Steuerzehnteln entspricht. (pd)

Anzeige

Sherpa Outdoor startet in den Frühling.

Unsere Preise sind so einladend wie das Wetter.

Der Frühling ruft nach draussen. Geniessen Sie dabei starke Farben und Funktionen sowie ultimativen Tragkomfort: Holen Sie sich bestes Outdoor-Equipment zu besten Preisen. In unseren Shops oder auf www.sherpaoutdoor.ch

BERN RailCity Bern (Galerie), Bahnhofplatz 10a, 3011 Bern · Spitalgass-Passage 16, 3011 Bern
LANGNAU Dorfstrasse 3, 3550 Langnau im Emmental · BIEL General-Dufour-Strasse 28, 2500 Biel/Bienne

sherpa
OUTDOOR

It's our nature to be good.